

# MEDIAATON

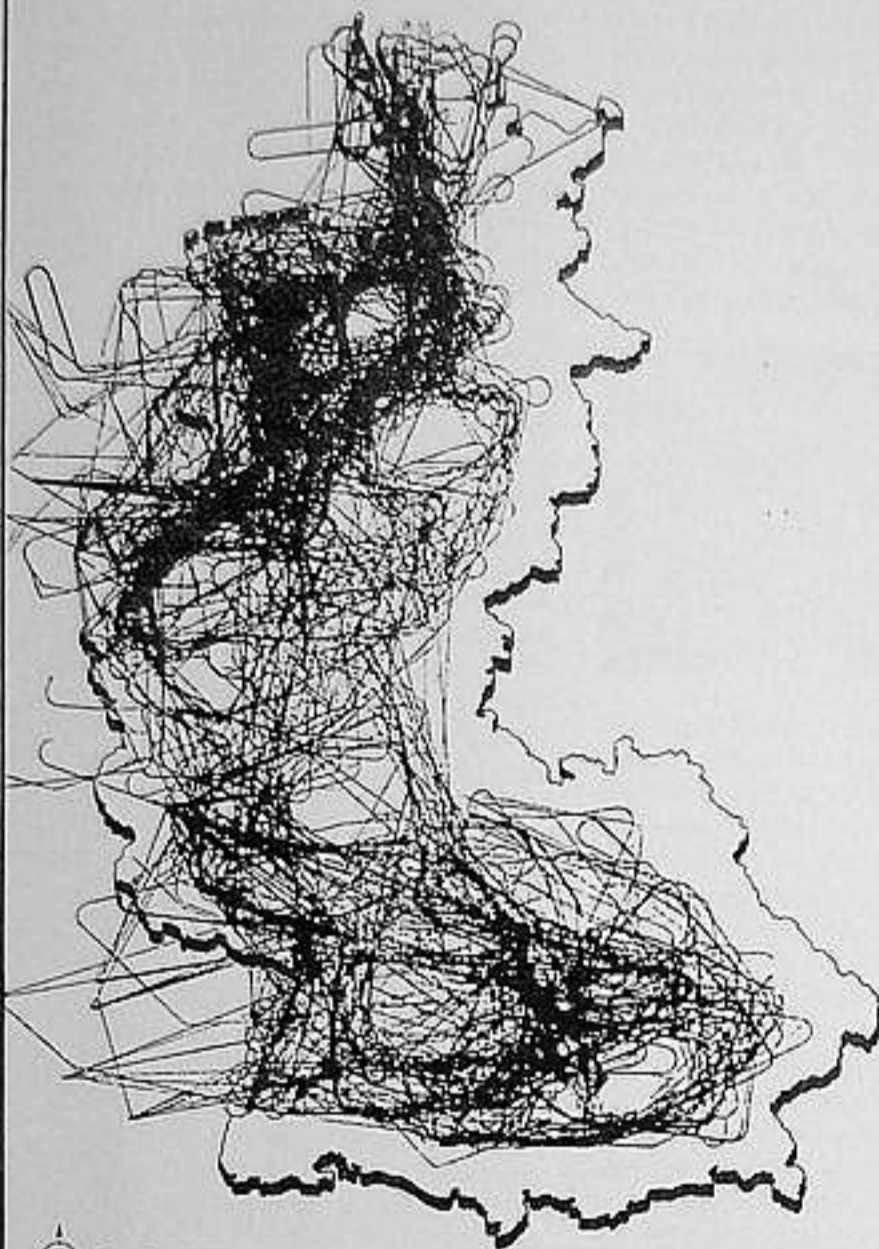
Zeitschrift für handlungsorientierte Friedensforschung

Heft 4/88

Starnberg, 8. Jahrgang

Einzelpreis DM 4.- öS 30.- sF 4.-

Tiefflüge über der Bundesrepublik an einem „Maximum-Tag“



Quelle: Militarisierungsatlas der Bundesrepublik, Neuausgabe 1988, Seite 199

Im Tiefflug in die Katastrophe:

## Die alltägliche Abschreckung

Millionen von Bundesbürgern leiden unter dem Lärm und dem Terror der militärischen Tiefflüge in einem Land, das dichter besiedelt ist als die meisten Regionen der Erde. Ein Ende ist nicht abzusehen, ganz im Gegenteil. Geschwaderchroniken weisen aus, was das Bundesministerium der Verteidigung verleugnet: der militärische Flugbetrieb wird immer stärker, die Lärmbelastung und die Gefährdung der Bevölkerung wächst an. Dies wird verständlich, wenn man an die vielen Aufträge der Luftwaffe denkt: eher defensive wie Abfangjagd und direkte Unterstützung des Heeres in der vorderen Kampfzone und eher offensive wie tief im „Feindesland“ durchzuführenden Kampf gegen feindliche Luftstreitkräfte am Boden.

Die einzige Alternative zum Terror aus der Luft ist eine alternative Sicherheitspolitik, die hüben und drüben Feindbilder auflöst und als ernsthafte Maßnahme der Vertrauensbildung beiderseits die Mobilmachungsfähigkeit nach festen Regeln verlangsamt – nur eine solche Sicherheitspolitik schafft die Voraussetzung für eine Luftwaffe, die ohne Verlust an Sicherheit weniger kriegsbereit sein kann. Eine alternative Sicherheitspolitik, die den Defensivauftrag des Grundgesetzes ernst nimmt, verzichtet auf alle Kriegsvorbereitungen für weitreichende Angriffe. Durch die Verringerung der Aufgaben der Luftwaffe verkleinert sich auch das Spektrum der Ausbildung, d. h. die Anzahl der Flüge. Allerdings wird es, solange Sicherheit mit militärischen Mitteln erreicht werden soll, immer militärischen Fluglärm geben.

### Aus dem Inhalt:

Gewissensfreiheit  
gegen militärischen Befehl

2

Personen

2

„Der Fluglärm ist Teil  
des Friedens in Freiheit“

3

Nachrichten  
Wende in der wissenschaftlichen  
Politikberatung  
von Burkhardt J. Huck

5

Termine  
Starnberger Impulse  
Reisewut und  
schwindende Paradiese  
von Franz Miller

8

10

11

Neue Sozial-Enzyklika von  
Papst Johannes Paul II.

19

Die Zukunft der deutsch-  
sowjetischen Beziehungen von  
Botschafter a. D. Valentin M. Falin

22

Neue Literatur

26

Neues aus dem Forschungsinstitut  
für Friedenspolitik

27

# Wende in der wissenschaftlichen Politikberatung?

## Zur Neubesetzung des Direktorats des Forschungsinstituts für Internationale Politik und Sicherheit der SWP

von Burkhardt J. Huck

Nach den Osterfeiertagen hat im Forschungsinstitut für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen bei München der Mitbegründer und erste Direktor dieses Instituts, Prof. Klaus Ritter, das Amt an Prof. Michael Stürmer übergeben.

Der überraschende Rücktritt des bereits designierten Nachfolgers Prof. Jost Delbrück und das Vorrücken des vorher mit nicht allzu großen Chancen auf der Kandidatenliste platzierten Professors für mittlere und neuere Geschichte, Kanzleramtberaters und FAZ-Kolumnisten Michael Stürmer auf den ersten Platz der Kandidatenliste, hatte im Juni 1987 zu Unruhe und Rätselfragen geführt.<sup>1</sup>

Freie und feste Mitarbeiter des Instituts und externe Empfänger wissenschaftlicher Arbeitsergebnisse äußerten die Befürchtung, nun könne die Wende auch das Forschungsinstitut der SWP erfassen, das sich seit der Gründung zu einem der angesehensten und trotz seiner Finanzierung aus dem Haushalt des Kanzleramts unabhängigen, überparteilichen politikwissenschaftlichen Institute der BRD entwickelt habe. Dabei ist vor allem die Furcht um die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit völlig unbegründet, denn obgleich man dem bisherigen Direktor Prof. Ritter parteipolitische Voreingenommenheit nie vorwerfen konnte, war das Forschungsinstitut bisher weder unabhängig noch überparteilich, sondern allenfalls beschränkt abhängig und „partei-neutral“. Diese Neutralität definierte Ritter anlässlich des 25jährigen Jubiläums der Gründung der SWP mit einem Bonmot: „Rechts oder links ist mir egal, das wichtigste ist, daß eine Sache Niveau hat.“<sup>2</sup>

Da auch der neue Direktor das Niveau der wissenschaftlichen Forschung sicher nicht herabsetzen will, läßt sich die künftige Entwicklung des Forschungsinstituts, selbst wenn die Äquidistanz etwas aus dem Gleichgewicht geraten sollte, eher einschätzen wie die außenpolitische Entwicklung der Bundesrepublik nach den Wahlen von 1983 durch den bisherigen Direktor: „Die Annahme zudem, der 6. März 1983 stelle auch eine bedeutende Zäsur in der außenpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik dar, würde in einige Beweisnot geraten. Da ist viel eher Kontinuität zu sehen und das sagt zunächst sehr viel mehr über die Rahmenbedingungen als über die Akteure aus. Andererseits stellt

die Frage nach dem Spielraum eindeutig eine analytische, keine programmatische Aufgabe. Dieser Frage eignet indessen seit einiger Zeit eine ebenso verständliche wie bedenkliche Aktualität aufgrund von Befürchtungen bzw. von Erwartungen, die mit zunehmender Ungeduld so oder so auf Wandel drängen lassen. Aber entspricht das den tatsächlichen Möglichkeiten oder der Wahrnehmung von bisher ungenutztem Spielraum? Ich fürchte: nein.“<sup>3</sup>

Die Rahmenbedingungen des Forschungsinstituts werden durch den Direktorwechsel nicht tangiert. Das Forschungsinstitut, das seinen Aufschwung in den sechziger Jahren nahm, als die Bundesrepublik begann, außenpolitische Beziehungen mit fast allen Staaten der Erde zu knüpfen und in einer wachsenden Zahl von internationalen Organisationen vertreten war, und den größten Stellenzuwachs während der ersten sozial-liberalen Koalition verzeichnen konnte, wird auch weiterhin die Bundesregierung und alle im Parlament vertretenen Parteien mit wissenschaftlichen Arbeiten versorgen. Das Parlament wird im Gegen-



Michael Stürmer

zug jährlich den im Kanzleramtsetat ausgewiesenen Etat des Forschungsinstituts der SWP von etwa 11 Mio. DM verabschieden. Die etwa 50 festangestellten Wissenschaftler werden ihre Forschungsarbeiten über die diversen Probleme der aktuellen Konstellationen und Entwicklungstendenzen der internationalen Beziehungen im Bereich der Politik, Sicherheit und Wirtschaft und den entsprechenden nationalen und regionalen Entwicklungen fortsetzen, das Rahmenpersonal wird die nötigen Informationen und Literatur bereitstellen, die Datenbank, an deren Ausbau sich mittlerweile sechs andere Institute beteiligen, wird weiter wachsen. Die Teilnehmer nationaler und internationaler Konferenzen, zumeist Mitglieder ebenso angesehener nationaler und internationaler Institute, werden einige Male jährlich im neuen, abhörsicheren Konferenzgebäude Vorträgen und Diskussionen lauschen und die „Lage“, die zweiwöchentliche interne Versammlung der

wissenschaftlichen Mitarbeiter, in der jeweils drei Forscher über Stand und Ergebnisse ihrer Arbeit berichten, wird eben statt von Prof. Ritter von Prof. Stürmer geleitet. Überhaupt nicht vom Direktorenwechsel tangiert werden die Mehrheitsverhältnisse im Stiftungsrat, dessen Präsident der rührige Godfather im Dreieck von Wirtschaft, Politik und Wissenschaft, der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Robert Bosch GmbH, Prof. Hans L. Merkle, ist. Da die meisten Mitglieder diesem Aufsichtsorgan als Vertreter der Bundesregierung bzw. der Fraktionen des Parlaments mit Ausnahme der GRÜNEN angehören, sind die Chancen, daß eine Mehrheit der Aufnahme eines Mitglieds zustimmt, das das Farbspektrum erweitern würde, gleich Null.

Nein, an den Rahmenbedingungen wird sich so wenig ändern, wie an den Theorien der internationalen Politik, denen die meisten Mitarbeiter folgen. Daß in einem Institut, das wissenschaftliche Analysen für die Planungsstäbe der Ministerien anfertigt, die Mehrzahl der Mitarbeiter der realistischen Schule und der Interdependenztheorie zuzurechnen ist, Friedens- und Konfliktforschung, Imperialismus-, Entscheidungs- und Entwicklungstheorie ein Mauerblümchendasein führen, das ist doch nur folgerichtig. Schließlich sollte „die Humboldtsche Distanz zur Macht überwunden, die Kluft zwischen Wissenschaft und Politik überbrückt werden“, so jedenfalls lautete 1960 Henry Kissingers Empfehlung an den damaligen Leiter der politischen Auswertung beim BND, Klaus Ritter. Daß die Brücke nicht immer trägt und die Wissenschaft sich plötzlich isoliert am anderen Ufer findet, gehört zum Risiko einer solchen Annäherung. Dieses Risiko ist im Forschungsbereich Internationale Sicherheit, durch dessen systematischen Ausbau das Forschungsinstitut zu besonderem nationalen und internationalen Ansehen gelangte, besonders groß. Dieser Fachbereich wird seit 1966 von Uwe Nerlich geleitet, der zur selben Zeit als Herausgeber des zweibändigen Sammelwerkes „Krieg und Frieden im industriellen Zeitalter“ und „Krieg und Frieden in der modernen Staatenwelt“, in dem die grundlegenden Texte der wichtigsten Autoren aus den USA, England und Frankreich einer breiten Öffentlichkeit zugänglich wurden, zu einem der wenigen, auch über die Grenzen hinaus bekannten Vertreter dieser im Vergleich zu anderen Ländern in der Bundesrepublik unterentwickelten Disziplin wurde.

Ende der sechziger Jahre gab es im Bereich der internationalen Sicherheit nach der Neudefinition der sicherheitspolitischen

1. Vgl. Frankfurter Rundschau vom 25. 6. 1987, Der Spiegel vom 22. 6. 1987.

2. Klaus Ritter in: Theo Sommer, Politikberatung in Deutschland. Die Zeit vom 2. 10. 1987.

3. Klaus Ritter, Ringvorlesung „Der Weg der Bundesrepublik Deutschland“, Ludwig-Maximilians-Universität München, 3. Juli 1984: Zur außenpolitischen Orientierung der Bundesrepublik Deutschland nach der Wahl vom März 1983 – Spielraum zwischen Ost und West?, S. 1.

4. siehe Anm. 2.

5. Die Bände erschienen als „Beiträge der Sozialwissenschaft“ in der Reihe „Krieg und Frieden“ 1966 im C. Bertelsmann Verlag, Gütersloh.

Aufgaben der NATO (Harmel-Bericht vom Dezember 1967) nach dem Scheitern der MLF und dem Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen Organisation der NATO, der Entdeckung des technologischen Gap, der manchen tiefer als der Atlantik schien und mit den Vorbereitungen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen großen Bedarf an wissenschaftlicher Beratung, Fachgruppe und Ansehen wuchs mit der Lösung der gestellten Aufgaben, die Arbeitspapiere bewiesen sicherheitspolitische Kompetenz, aus den Kontakten mit entsprechenden Forschungszentren in den USA, Großbritannien und Frankreich wurden feste Beziehungen; mit wachsender Reputation wurde schließlich auch das Recht auf Zugang zu streng geheimen Unterlagen erworben. Da Sicherheitspolitik bis Ende der siebziger Jahre ohnehin die Domäne eines begrenzten Kreises von Experten war, blieb die Lektüre der Arbeitsergebnisse diesen Kreisen vorbehalten. Erst gegen Ende der siebziger Jahre wurde eine kleine Auswahl der Arbeitsergebnisse im Programm des Nomos-Verlages der interessierten Öffentlich-

keit bekannt, und das war just zu der Zeit, als der sicherheitspolitische Konsens mit dem Doppelbeschluß zu bröckeln begann. Und welcher Experte, der sich mühselig durch das Dickicht von Polarität und Interdependenz gekämpft hat, mag da noch ruhig bleiben, wenn es plötzlich „in einer Reihe westlicher Länder eine Bewegung gibt, die leidenschaftlich gegen den Krieg protestiert, ohne die geringste Vorstellung davon zu haben, unter welchen politisch-strategischen Umständen aus den Gegebenheiten einer nahezu vierzigjährigen Friedensperiode in Europa Krieg entstehen könnte, so wie es eigenartig ist, daß es in diesen Ländern eine Art von Forschung gibt, die sich als Friedensforschung versteht, ohne jemals ein Interesse an den Bedingungen eines Friedens bekundet zu haben, der in wenigen Jahren ins fünfte Jahrzehnt gehen würde.“<sup>6</sup>

6 U. Nerlich, Einleitung des Herausgebers, S. 29, in: Sowjetische Macht und westliche Verhandlungspolitik im Wandel militärischer Kräfteverhältnisse. Uwe Nerlich (Hrsg.) – Baden-Baden: Nomos, 1982 = Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 13

## Realistische Schule und Sicherheitspolitik

Der Unmut des Experten über Autodidakten oder sogar nur von Angst getriebene Mitbürger, die sich so plötzlich nicht mehr mit dem auf immer höherem Niveau einpendelnden Gleichgewicht der Abschreckung abfinden wollen, sondern das ganze diffizil austarierte Gebäude der bisherigen Sicherheitspolitik in Frage stellen, ist verständlich, denn sie stellt ja schließlich auch die Essentials der realistischen Schule in Frage. Dieses plötzliche Auftreten des Idealismus, diesmal nicht in marxistischem Gewande wie in den sechziger Jahren, sondern auf der schlichten Hoffnung basierend, daß es, wenn schon nicht unter den Politikern, so doch unter der Bevölkerung einer Mehrheit gegen die durch ständige Perfektionierung der Rüstung erkaufte strategische Stabilität gibt, könnte „im Resultat über Krieg und Frieden entscheiden“<sup>7</sup>. Schließlich vertritt der Realismus den Standpunkt, „daß allgemeine sittliche Grundsätze in abstrakter, allgemeingültiger Formulierung auf staatliches Handeln nicht angewendet werden können, sondern daß sie im Lichte der konkreten Umstände von Zeit zu Zeit gesehen werden müssen“<sup>8</sup>. Zu diesen Umständen gehört jedoch die sowjetische Macht, die durch die Mittel strategischer Politik „eingehegt“<sup>9</sup> werden muß, wenn die Erhaltung der Allianz sichergestellt werden soll. Bei dieser Einhegung ist eine von universellen Vorstellungen getriebene basisorientierte Friedensbewegung eher hinderlich, bietet sie doch dem Gegner, dem man beständige Expansionsgelü-

ste unterstellt, die Möglichkeit, im eigenen Hause Verwirrung zu stiften. Die Auffüllung eines „Defizits an rationaler Sicherheitsdiskussion“<sup>10</sup> gehört deshalb seit dem Doppelbeschluß vom Dezember 1979 zu den Aufgabengebieten des Forschungsinstituts, dessen auf diesem Gebiete bewanderten Mitglieder, die in ihren Veröffentlichungen den Leser gelegentlich durch Zitierung von Verschlusssachen vor Verifikationsprobleme stellen, häufig auf Podiumsdiskussionen die Debatte in rationale Bahnen lenken und seitdem auch mehr Arbeits-

10 Kanzleramtsminister Schäuble in: Josef Joffe, Weltweit anerkannte Forschungsstätte, Süddeutsche Zeitung vom 3./4. 10. 1987

ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich machen. Am markantesten artikuliert dabei K.-Peter Stratmann sein Unbehagen an den Defiziten der Verteidigungsfähigkeit Westeuropas angesichts der „Perfektionierung gegnerischer konventioneller Offensivfähigkeit“ und die Notwendigkeit, daß „die NATO durch Verbesserung ihrer konventionellen Fähigkeiten ihre bisherige Abhängigkeit von einem unter Umständen frühzeitigen nuklearen Ersteinsatz abbauen sollte.“<sup>11</sup> In den zuletzt als Verlagsveröffentlichung erschienenen Sammelbänden zur Sicherheitspolitik bzw. zur politischen Strategie gegenüber der Sowjetunion findet sich kein einziger Beitrag, der sich wenigstens halbwegs wohlwollend mit den Zielen der Friedensbewegung auseinandersetzt oder unabhängig von diesen, Wege in eine friedliche Zukunft zeigt, die nicht durch uneinlösbare Forderungen verstellt wären. Zwischen Polarität, Interdependenz und sowjetischer Bedrohung kreist das Denken der Fachgruppe immer wieder in denselben Bahnen. Das immer wieder beschworene Ungleichgewicht der Kräfteverhältnisse, das seit Ende der siebziger Jahre immer wieder als „wirksames politisches Argument für die Forderung nach sowjetischer Mäßigung und für die Notwendigkeit eigener Nachrüstung“<sup>12</sup> beschworen wird, war schon sowohl vor dem Ersten Weltkrieg als auch in den dreißiger Jahren die Triebkraft für Nachrüstungen, die der Katastrophe vorausgingen. Nach dem Scheitern des

11 K.-Peter Stratmann, Gefährdungen westlicher Sicherheit, in: Das Verhältnis zur Sowjetunion: Zur politischen Strategie der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland. / Uwe Nerlich, James A. Thomson (Hrsg.) – Baden-Baden: Nomos, 1986, S. 288 ff. = Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 20

12 K.-Peter Stratmann, Kritische Anmerkungen zu Darstellungen des „euro-strategischen“ Kräfteverhältnisses von NATO und Warschauer Pakt, SWP-AP 2284, 1981, S. 32



Das Hauptgebäude der Stiftung Wissenschaft und Politik im Haus Eggenberg in Ebenhausen bei München. Mit dem Bau verschiedener Nebengebäude konnten die zunehmenden Platzprobleme gemildert werden

7 U. Nerlich, ebda.

8 Hans J. Morgenthau, Macht und Frieden, Gütersloh: C. Bertelsmann Verlag, 1963, S. 49ff.

9 Diese von Nerlich entwickelte Strategie der Einhegung erscheint wie eine postmoderne Doublette der Containment-Strategie.

MacDonald Plans<sup>13</sup> von 1933 und den Genfer Abrüstungsverhandlungen standen dem Deutschen Reich, das auf Grund des Versailler Vertrages über keine Luftwaffe verfügte, in Frankreich 3046, in Belgien 350, in Polen 500 und in der Tschechoslowakei 650 Militärflugzeuge gegenüber. Die Disparitäten bei den Mannschaftsstärken und der Bewaffnung zeigten ein ähnliches Verhältnis. Nach dem Gleichgewichtsdenken, dem scheinbar auch 95% der Bevölkerung anhängen, die den Führer am 12. 12. 1933 als Reichskanzler bestätigten, waren die folgende Aufrüstung, ja im Endeffekt auch die Präventivkriege gegen Mitglieder der Entente bis zur Herstellung des Gleichgewichts, konsequente und berechtigte Schritte. Ja, selbst die dann folgenden Kriege wären im Sinne des realistischen Ansatzes in der Art ihrer Durchführung zu verurteilen, entsprächen aber dem Verständnis der internationalen Politik als eines in der menschlichen Natur liegenden Machtkampfes, denn „das hervorstechendste Wegzeichen, an dem sich der politische

Realismus im weiten Gebiet der Internationalen Politik orientieren kann, ist der im Sinne von Macht verstandene Begriff des Interesses, . . . der zudem nicht mit der Bedeutung ausgestattet ist, die ein für allemal feststeht.“<sup>14</sup> Da das sittliche Handeln als politisches Handeln zudem durch die jeweiligen Umstände eingeschränkt ist, verhed-



Prof. Dr. Klaus Ritter und der „Geschäftsführer“ Dr. Albrecht Zunker

dert sich der realistische Ansatz in einem Determinismus, der dem des historischen Materialismus verwandt ist. Gegenüber der Notwendigkeit der Wahrung des staatlichen Interesses reduziert sich die Freiheit des Individuums zur Ohnmacht oder der Freiheit der Anpassung an die aus dieser Notwendigkeit resultierenden Zwänge. Wenn die Auseinandersetzung zwischen Realismus

und Idealismus in den Veröffentlichungen des Forschungsinstituts nicht mehr stattfindet, kann von Äquidistanz wohl nicht mehr die Rede sein. Da „wissenschaftliche Politikberatung ein Prozeß ist, der nur funktioniert, wenn die Politik auch merkt, wie sehr es in ihrem Sinne ist, beraten zu werden“<sup>15</sup>, sind Abhängigkeiten vorgegeben, die eine solche Auseinandersetzung verhindern. Die praxisorientierte Politikberatung, der sich das Forschungsinstitut verschrieben hat, hat in den 25 Jahren, die seit der Gründung vergangen sind, dazu geführt, daß alles, was diesem Nahziel nicht dient, mehr oder weniger ausgeklammert wurde. Die „angestrenzte Besonnenheit“, die Ritter als wichtigste Eigenschaft zur Meisterung der „strategisch wenig beneidenswerten Lage der Bundesrepublik“<sup>16</sup> der Angst oder visionärem Denken entgegengesetzt, ist sicher eine der Voraussetzungen. Aber nach dem uferlosen Wettrüsten, das seit dem Beginn der Industrialisierung in Verbindung mit der Organisation zentralisierter Nationalstaaten zu maßloser Plünderung der Ressourcen und verheerenden Kriegen geführt hat, scheint die angestrenzte Besonnenheit nur tiefer in die Sackgasse zu führen, wenn nicht auch die wissenschaftliche Politikberatung ein wenig von jenem visionären Denken nippt, über das die Idealisten im Übermaß verfügen. Aber auch hier wird nach der Übergabe der Hausschlüssel wohl eher die Kontinuität dominieren.

13 Der MacDonald Plan sah eine Verdoppelung der Mannschaftsstärke der Reichswehr sowie entsprechende Begrenzungen für die der Armeen Frankreichs, Italiens, Polens, der Tschechoslowakei und der UdSSR vor. Die Mannschaftsstärken der mit Frankreich verbündeten Länder hätten sich auf 1025000 Mann addiert. Das Deutsche Reich stimmte diesem Plan, der für Deutschland keine Luftwaffe vorsah, vorerst zu, beanspruchte aber später die gleichen Rechte wie die anderen Unterzeichner, d. h. das Recht der Aufrüstung. Vgl. dazu: J. Benoist-Mechin, Auf dem Weg zur Macht 1925-1937, Oldenbourg: Stalling, 1965 = Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946, Bd. 3

14 Hans J. Morgenthau, S. 49 ff.

15 Richard von Weizsäcker in: Thomas Kielinger, Eine Denkfabrik für Politiker, Rheinischer Merkur, 9. 10. 1987

16 siehe Anm. 10

## Termine

|                     |  |             |
|---------------------|--|-------------|
| 16.-17. 4.          | Konferenz „Verantwortung für Frieden und Arbeit“<br>Kontakt: DGB Landesbezirk Nordmark, Besenbinderhof 60, 2000 Hamburg 1, Tel.: 040 2858222   | Hamburg     |
| 22.-24. 4.          | III. Forum Richter und Staatsanwälte für den Frieden „Atomwirtschaft und Frieden“<br>Kontakt: Dr. Reinhard Wiczorek, Lindenstr. 28, 8000 München 90  | Schwandorf  |
| 24. 4.<br>4. 5.     | Präsidentenwahl in Frankreich<br>Gedenkfeier zum 50. Todestag des Friedensnobelpreisträgers von 1936, Carl von Ossietzky<br>Kontakt: IPPNW-Regionalgruppe Mannheim, Dr. med. H. Reckendorf, Beethovenstr. 4, 6800 Mannheim 1, Tel.: 06 21/41 47 42 | Mannheim    |
| 6.-8. 5.            | Internationaler Kongreß „Kultur des Friedens“ und Aktionskonferenz der Friedensbewegung<br>Kontakt: Initiative „Kultur des Friedens“, Am Lustnauer Tor 4, 7400 Tübingen, Tel.: 070 71/5 22 00  | Tübingen    |
| 8. 5.<br>13.-14. 5. | Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und 2. Wahlgang in Frankreich<br>Tagung „Wem nützen neue Technologien – Ethik und Bürgerrechte“<br>Kontakt: Gustav-Heinemann – Initiative, Seidenbergstr. 1, 7000 Stuttgart 1                                 | Rastatt     |
| 14./15. 5.          | Kongreß „Gegen Militarisierung: Kriegsdienste verweigern“<br>Kontakt: Kongreßbüro, Vogelsbergstr. 17, 6 Frankfurt 1, Tel.: 069/4 98 03 94  |             |
| 21.-23. 5.          | II. International Teachers for Peace Congress 1988<br>Kontakt: Kongreßbüro, Kölnstr. 198, 5300 Bonn 1, Tel.: 02 28/63 70 57  | Bonn        |
| 27. 5.              | Bankenaktionstag<br>Kontakt: Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“, Maisstr. 29, 8000 München   |             |
| 27.-29. 5.          | Tagung „Krieg und Kino“<br>Kontakt: Ev. Akademie Arnoldshain, 6384 Schmittent/Ds. 1  | Arnoldshain |
| 29. 5.-2. 6.        | Gipfeltreffen Reagan/Gorbatschow   | Moskau      |
| 2.-5. 6.            | 3. Bundestreffen der Naturfreunde<br>Kontakt: Stadt Lünen, Ref. Öf./Naturfreunde Wulf Erdmann, Postfach 2030, 4670 Lünen   | Lünen       |